

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

18. - 24. Oktober 2025

Der Haushaltsentwurf 2026 der französischen Regierung sorgt in der Nationalversammlung für erhebliche politische Spannungen. Die am 24. Oktober beginnende Diskussion zu den Staatseinnahmen enthält zahlreiche Streitpunkte zwischen Regierung und Opposition, insbesondere beim Thema Steuergerechtigkeit. Die Sozialistische Partei (PS) hat ihre Unterstützung für die Regierung davon abhängig gemacht, dass Maßnahmen zur stärkeren Besteuerung von Reichen umgesetzt werden. Der Chef der Sozialisten (PS) Olivier Faure forderte zusätzliche Einnahmen von 15 bis 20 Milliarden Euro und kündigte an, gezielt „Superreiche und große Erbschaften“ belasten zu wollen. Die linken Parteien wollen erneut die sogenannte Zucman-Steuer auf große Vermögen einführen, während die Regierung eine Abgabe auf das Finanzvermögen von Holdinggesellschaften plant. Zudem sieht der Entwurf die Streichung von 23 Steuervergünstigungen sowie das Einfrieren der Einkommenssteuerstufen vor, was eine Anpassung an die Inflation verhindern würde. Die Haushaltskommission der Nationalversammlung lehnte in der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober 2025 die von den Abgeordneten geänderte erste Fassung des Haushaltsentwurfs mit 37 gegen 11 Stimmen ab. Philippe Juvin (LR), Generalberichterstatter des Haushalts, bezeichnete den Entwurf als „nicht glaubwürdig“. Er selbst sowie die Gruppen der Démocrates und Horizons enthielten sich der Stimme. Der linke Block, das Rassemblement National und Teile der rechten Abgeordneten stimmten gegen den Entwurf, während nur die Renaissance-Abgeordneten dafür votierten. Die Sozialisten drohen der Regierung mit einem Misstrauensvotum, falls keine Fortschritte bei der Steuerpolitik erzielt werden.

Emmanuel Macron hat mit neuen Äußerungen zur Rentenreform Verwirrung in der französischen Politik ausgelöst. Während Premierminister Sébastien Lecornu in seiner Regierungserklärung am 14. Oktober 2025 von einer „Aussetzung“ der Reform von 2023 gesprochen hatte, lehnt der Präsident diesen Begriff ab. Macron sprach am 21. Oktober stattdessen von einer „Verschiebung der Frist“, nämlich der Anhebung des Rentenalters von 63 auf 64 Jahre – nun erst zum 1. Januar 2028 statt 2027. Für Macron handelt es sich also weder um eine Abschaffung („abrogation“) noch um eine Aussetzung („suspension“), sondern um eine zeitliche Anpassung. Der neue Premierminister Lecornu hat seine Ankündigung („suspension“) bereits formal in den Haushaltsentwurf der Sozialversicherung aufgenommen. Der Präsident betonte erneut die Notwendigkeit der Reform, um das Gleichgewicht des Umlagesystems zu sichern, und schloss ein Referendum über die Zukunft der Renten nicht aus. Durch seine Wortwahl riskiert Macron jedoch, die Position seines Premierministers und die fragile Einigung mit der linken Opposition zu schwächen.

Die Partei Les Républicains (LR) hat am 22. Oktober 2025 den Ausschluss von sechs ihrer Mitglieder angekündigt, die derzeit Minister im Regierungskabinett von Premierminister Sébastien Lecornu sind. Betroffen sind: Annie Genevard (Landwirtschaft), Rachida Dati (Kultur), Philippe Tabarot (Verkehr), Vincent Jeanbrun (Wohnungswesen), Sébastien Martin (Industrie) und Nicolas Forissier (Außenhandel). Zuvor hatten die sechs Politiker erklärt, sie würden sich aus allen parteiinternen Funktionen zurückziehen. Doch der Vorstand der Republikaner ging weiter und suspendierte sie vollständig aus der Partei. In einer Mitteilung hieß es, sie könnten sich nicht länger auf ihre Mitgliedschaft bei LR berufen und müssten alle parteilichen Verantwortungen abgeben. Der Parteivorstand begründete die Entscheidung damit, dass eine Teilnahme an der Regierung Lecornu bedeute, sich dem Macronismus anzupassen und damit die Unabhängigkeit und Überzeugungen der Partei aufzugeben. Ob diese sechs Politiker wieder in die Partei aufgenommen werden können, ist noch unklar.

Der ehemalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy trat am 21. Oktober 2025 offiziell seine Haftstrafe Gefängnis La Santé in Paris an. Er befindet sich dort in Einzelhaft und unter besonderen Sicherheitsbedingungen. Sarkozy war im September 2025 vom Pariser Strafgericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er im sogenannten „libyschen Prozess“ der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung für die illegale Finanzierung seines Präsidentschaftswahlkampfes 2007 schuldig gesprochen wurde. Er bestreitet jedoch alle Vorwürfe und hat Berufung eingelegt. Beim Verlassen seines Hauses wurde Sarkozy von zahlreichen Anhängern jubelt, die „Libérez Nicolas!“ riefen. Das Gericht hatte die sofortige Inhaftierung mit der „außergewöhnlichen Schwere der Taten“ begründet, die geeignet seien, das Vertrauen der Bürger in ihre Vertreter zu untergraben. Sarkozy sprach von „Ungerechtigkeit“ und „Hass“ seitens bestimmter Richter und verglich sich mit Alfred Dreyfus, einem zu Unrecht verurteilten französischen

Offizier. Die Inhaftierung eines ehemaligen Staatsoberhauptes gilt als historisch einmalig in Frankreich. Mehrere rechte Politiker und Parteifreunde kritisierten den Haftbefehl als Angriff auf die Unschuldsvermutung. Präsident Emmanuel Macron betonte die Unabhängigkeit der Justiz, äußerte jedoch Verständnis für die Debatte über die sofortige Haftvollstreckung. Auch Justizminister Gérald Darmanin, ein politischer Schüler Sarkozys, kündigte an, ihn im Gefängnis zu besuchen – was von Richterergewerkschaften als unangemessen kritisiert wurde. Sarkozys Anwälte haben einen Antrag auf Freilassung gestellt. Das Gericht hat nun bis zu zwei Monate Zeit, darüber zu entscheiden.

Die Vorsitzende der französischen Grünen (Les Écologistes), Marine Tondelier, hat am 22. Oktober 2025, offiziell ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 angekündigt. Tondelier, 39 Jahre alt und seit 2022 Chefin der Grünen, erklärt, sie wolle nicht tatenlos zusehen, wie das Land zwischen einer „abgehobenen Macht“ und „einer verzweifelten Bevölkerung“ zerfalle. Sie betont, dass sie als junge, weibliche und ökologische Politikerin aus dem Bergbauggebiet des Pas-de-Calais bereit sei, sich doppelt so stark wie andere durchzusetzen. Tondelier sieht sich nicht als Einzelkämpferin, sondern als Befürworterin politischer Allianzen. Daher ruft sie zu einer gemeinsamen linken Vorwahl (Primärwahl) auf, an der auch Jean-Luc Mélenchon (LFI) und Raphaël Glucksmann (Place publique) teilnehmen sollen – obwohl diese bisher ablehnen. Bevor ihre Kandidatur endgültig bestätigt wird, muss sie zunächst offiziell von ihrer Partei im Dezember 2025 nominiert werden. Danach will sie sich in einer linken Vorwahl gegen andere Bewerber wie François Ruffin und Clémentine Autain durchsetzen. Tondelier, die sich in Hénin-Beaumont politisch gegen den rechtsextremen engagiert hat, sieht sich als Vertreterin eines „ökologischen Schutzschilds für die Franzosen“. Sie ist überzeugt, dass der gesellschaftliche Rückhalt für ökologische Lösungen groß ist und will diesen nun in politischen Erfolg umwandeln. In jüngsten Umfragen (Ifop-Fiducial, Oktober 2025) stieg ihre Beliebtheit leicht auf 31 %, hinter dem Kommunisten Fabien Roussel (39 %) und dem Sozialisten Olivier Faure (34 %).

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der 58-jährige **Patrice Faure** ist neuer Polizeipräfekt von Paris. Er folgt auf Laurent Nuñez, der in der neuen Regierung das Amt des Innenministers übernommen hat. Zuvor leitete Faure seit 2024 das Kabinett von Präsident Emmanuel Macron im Élysée-Palast. Der ehemalige Soldat und Beamte besitzt einen Abschluss als Konditor sowie Studienabschlüsse in Geschichte und Mathematik. Er begann seine Karriere beim französischen Auslandsgeheimdienst DGSE, arbeitete anschließend im Ministerium für die Überseegebiete und war auch Präfekt von Guyana sowie Hochkommissar der Republik in Neukaledonien, wo er 2021 bis 2023 die Organisation des dritten Unabhängigkeitsreferendums leitete. Er hatte bereits 2016 eine Funktion in der Pariser Polizeipräfektur inne und gilt als erfahrener Verwaltungsbeamter mit Kenntnissen in Sicherheits- und Krisenmanagement. Seine Ernennung erfolgte im Ministerrat am 22. Oktober 2025 auf Vorschlag des Staatspräsidenten. Zu seinen ersten Aufgaben gehört unter anderem die Koordinierung der Ermittlungen im Zusammenhang mit dem kürzlich erfolgten Kunstdiebstahl im Louvre.

DIE ZAHL DER WOCHE

88 Millionen

Der Einbruch im Pariser Louvre hat laut Angaben der Pariser Staatsanwältin Laure Beccuau einen geschätzten Schaden von 88 Millionen Euro verursacht. Sie wies jedoch darauf hin, dass dieser Geldwert nicht den historischen Verlust widerspiegelt, den der Diebstahl bedeutet. Insgesamt wurden acht Kronjuwelen der französischen Krone gestohlen, darunter das mit rund 2.000 Diamanten besetzte Diadem der Kaiserin Eugénie und das Smaragdcollier der Kaiserin Marie-Louise. Nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft ist es unwahrscheinlich, dass die Täter durch den Verkauf oder das Einschmelzen der Schmuckstücke einen erheblichen Gewinn erzielen, da die Stücke wegen ihres hohen historischen und kulturellen Werts sowie ihrer Bekanntheit kaum veräußerbar sind. Die Ermittlungen laufen weiter, während die Polizei weiterhin nach den Tätern sucht.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	4	3	1
7	8	9	6
9	2	0	1